



**59. JU NRW-TAG
11. & 12. Februar 2023 in Neuss**



Neusser Erklärung

Sicherheit fängt bei Wertschätzung an!

Mehr Rückhalt für unsere Einsatz- und Rettungskräfte!

zum 59. NRW-Tag am 11.-12. Februar 2023 in Neuss

Sicherheit fängt bei Wertschätzung an!

Mehr Rückhalt für unsere Einsatz- und Rettungskräfte!

Die schrecklichen Bilder der Ausschreitungen zu Silvester - insbesondere in Berlin, aber auch in vielen weiteren deutschen Städten - sowie die riesige Demonstration mit teils unglaublich aggressiven Aktionen gegen die rechtmäßige Räumung von Lützerath haben uns wieder einmal vor Augen geführt, dass die Gewaltbereitschaft gegenüber staatlichen Institutionen ein äußerst hohes Gewaltniveau erreicht hat. Während bei den Silvesterausschreitungen in Berlin insgesamt 47 Beamte verletzt wurden und allein 14 ambulant betreut werden mussten, wurden bei den Demonstrationen in Lützerath 115 verletzte Polizeibeamten verzeichnet – 56 Beamte ohne Fremdeinwirkung, 59 verletzte Beamte durch Gewaltanwendung vermeintlicher Demonstranten.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft von Demonstranten aus der Klimaschutzbewegung ist beunruhigend und im Fall von Lützerath bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass die Räumung des kleinen Weilers im rheinischen Revier Teil eines Kompromisses ist, den Kohleausstieg in NRW sogar auf das Jahr 2030 vorzuverlegen. Die der selbsternannten Umweltpartei Bündnis 90/ Die Grünen angehörigen Wirtschaftsminister auf Bundes- und Landesebene, Robert Habeck und Mona Neubaur, sind hauptverantwortlich für die Umsetzung dieses Kompromisses, der mit dem Landeigentümer, dem Energiekonzern RWE, besprochen wurde und im Oktober 2022 unter Mitwirkung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst zur Entscheidung des frühzeitigen Kohleausstiegs des größten Bundeslandes geführt hat. NRW geht damit voran in der Dekarbonisierung. Die Einigung sah somit eindeutig einen Abbau der Kohle unter Lützerath vor und die übrig gebliebenen drei Bewohner sollten umgesiedelt werden, sämtliche Klagen gegen einen Abriss wurden abgewiesen und es wurde letztinstanzlich ausgeurteilt, dass RWE sein Eigentum an Lützerath rechtmäßig in Anspruch nehmen darf. Auch wenn die Klimademonstranten der fälschlichen Ansicht waren, dass das globale 1,5 Grad-Ziel sich in dem Weiler Lützerath entscheidet, so ist doch zu beachten, dass der Beschluss zum Abbau der Kohle unter Lützerath seit fast 20 Jahren gültig ist. Gerade in der aktuellen Energiekrise ist der kurzzeitige Einsatz von mehr Braunkohle für eine sichere Energieversorgung notwendig. Krisenfestigkeit, insbesondere in der aktuellen Zeit, bedeutet zwangsläufig Versorgungssicherheit und diesem Anspruch wurde hier durch die nordrhein-westfälische Landesregierung Genüge getan.

Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass sich etwa 15.000 Personen an der Großdemonstration am 14. Januar 2023 beteiligten, in deren Verlauf mehrere Tausend Personen die ursprüngliche Versammlungsfläche verließen und in Richtung Lützerath stürmten, wobei einige versuchten die Polizeiketten mit massivem Druck und brachialer Gewalt zu durchbrechen. Hierbei

34 wäre den Demonstranten eine deutlichere Abgrenzung zwischen den friedlichen Demonstrationen
35 und den Extremisten zuzumuten gewesen, denn Gewalt an den Einsatzkräften darf nicht durch
36 friedliche Demonstranten legitimiert werden. In Deutschland ist das grundgesetzlich zugesicherte
37 Recht auf Versammlungsfreiheit ein hohes Gut, das nur mit wenigen Schranken versehen ist. Die
38 Polizei ist dabei Garant für die Zusicherung der grundgesetzlichen Rechte und als
39 Versammlungsbehörde stets in dem Selbstverständnis, den Versammlungsteilnehmern eine
40 friedliche Ausübung eben dieser Rechte zu garantieren. Dem außerordentlichen Einsatz der
41 Polizisten im gesamten Einsatzverlauf ist hierbei unser tiefer Dank und großer Respekt
42 auszusprechen. Die zunehmende Verrohung einiger gewaltbereiter Ideologen und Extremisten, die
43 das Recht auf Versammlung mit Füßen treten, ist dabei auf das Schärfste zu verurteilen. Einige
44 Bilder, bei denen die Polizisten im Schlamm stecken geblieben sind und sich nicht sofort befreien
45 konnten und in dieser Situation mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen wurden, sind
46 schlichtweg verachtenswert. Insbesondere die Tatsache, dass Einsatzkräfte mit Brandsätzen
47 beworfen wurden und somit Leib und Leben der Polizisten akut gefährdet wurde, ist eine
48 Unmenschlichkeit, die wir niemals akzeptieren werden. Den Polizisten ist hier Respekt für ihren
49 Einsatz zu zollen. Die Verachtung einiger Versammlungsteilnehmer gegenüber unserer Polizei ist
50 Ausdruck der tief verwurzelten Abscheu gegenüber unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Denn es
51 kommt für radikale Ideologen und Extremisten eben nicht infrage, rechtsstaatliche und
52 schlussendlich rechtmäßige Maßnahmen zu akzeptieren. Lützerath hat eindrucksvoll gezeigt, dass
53 „im Namen des Klimas“ bei eben genau diesem Adressatenkreis bedeutet: die Umsetzung der
54 eigenen radikalen Ideologie - koste es, was es wolle. Wir in Deutschland können stolz und froh sein,
55 eine weltweit hoch anerkannte Polizei zu haben. Denn letztlich ist es eben unserer Polizei zu
56 verdanken, dass grundgesetzlich verankerte Rechte auf der einen Seite zugesichert werden und
57 radikale Ideologen und Extremisten auf der anderen Seite ihre verfassungsfeindlichen Ansichten
58 nicht durchsetzen können.

59 Eben diese sensible Abwägung im Einsatzverlauf bedarf einer hohen Konzentration, Professionalität
60 und rechtlichen Feingefühls. Wir in NRW und in ganz Deutschland dürfen feststellen: die
61 Polizeibeamten bringen alle notwendigen Attribute mit. Als JU NRW blicken wir stolz auf unsere
62 Polizei und möchten uns bei allen Einsatzkräften von Herzen für ihren so wertvollen Dienst in
63 Lützerath bedanken.

64 Nicht minder erschreckend waren die Silvesterausschreitungen in ganz Deutschland – insbesondere
65 in Berlin. Die teilweise Verabredung zum gezielten Angriff auf Einsatz- und Rettungskräften hat eine
66 vollkommen neue Qualität und zeigt eine zunehmende Verrohung gegenüber Einsatz- und
67 Rettungskräften. Auch wenn bei den in Berlin festgenommenen Tatverdächtigen insgesamt 18
68 verschiedene Nationalitäten erfasst worden sind, so sollte der Fokus in dieser Erklärung nicht zu

69 einer Debatte über Integration als solche und in der Gesamtheit zur Migration an sich führen,
70 sondern vielmehr der Klarstellung dienen, dass Migranten und Flüchtlinge eine Chance zur
71 vernünftigen Integration in Deutschland verdienen. Dies erfordert aber auch, dass sowohl
72 Flüchtlinge als auch Migranten wissen müssen, dass es in Deutschland einen durchsetzungsfähigen
73 Rechtsstaat mit rechtsstaatlicher Ordnung gibt, der auch deutlich spürbar Konsequenzen für die
74 Straftäter haben wird und der eine rechtsstaatliche Härte zeigt. Auch wenn die Ermittlungen zu den
75 Silvesterausschreitungen nun vermutlich mehrere Monate dauern werden, so wäre hier ein zügiges
76 Durchgreifen der Justiz erforderlich. Eine schnelle Strafe, die auf dem Fuße folgt, würde zusätzlichen
77 dringend notwendigen Respekt für Recht und Gesetz schaffen. Hierfür ist jedoch eine gut
78 ausgestattete Justiz zwingend erforderlich. Grundsätzlich sollte klar sein: Wer Einsatz- und
79 Rettungskräfte gezielt angreift, der handelt besonders verwerflich. Die Strafverfolgung muss
80 hierbei zwingend die nötige Konsequenz zeigen, denn jeder Angriff auf die Einsatzkräfte ist auch
81 stets ein Angriff auf die Demokratie. Jeder Polizeibeamte ist Mittelsmann und Ausdruck unserer
82 freiheitlichen Demokratie. Diesem Anspruch tagtäglich gerecht zu werden, erfordert die politische
83 Bereitstellung aller Ressourcen. Ohne die Bereitstellung von Finanzen, Personal und Administration
84 ist eine schnelle Umsetzung rechtsstaatlicher Verfahren kaum mehr denkbar. Dabei muss uns
85 immer klar sein, jeder Tatverdächtige, der die Einsatzkräfte in einer konzertierten Aktion
86 herausfordert, will auch immer zeigen, dass der Rechtsstaat hilflos ist und dies muss vermieden
87 werden. Sollte dies einmal nicht möglich sein, so muss dies konsequent ausgeurteilt werden. Wir
88 dürfen in Deutschland keine Parallelgesellschaften akzeptieren, die unseren Rechtsstaat mit
89 unseren Institutionen - dazu gehören auch unsere Einsatzkräfte - nicht akzeptieren.